

Flop Ten der Regierung Weil

227 zusätzliche Stellen in der Staatskanzlei und den Ministerien gegenüber 2012

3 Schwere juristische Niederlagen kassierte die Landesregierung vor höchsten Gerichten. Der Staatsgerichtshof Bückeburg rügte die unzureichende Aktenvorlage im Fall Paschedag. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg verwarf die von der Landesregierung verfügte Mehrarbeit für Gymnasiallehrer und stoppte die Neubesetzung der Präsidentenstelle am OLG Oldenburg.

391 Nachtabschiebungen gab es in Niedersachsen allein im Jahr 2014, deutlich mehr als noch 2012. Dabei hatte die Landesregierung in ihrer Einjahresbilanz Anfang 2014 noch behauptet, Nachtabschiebungen gehörten der Vergangenheit an.

A 26 Erste Einbahnstraßenautobahn in der Landesgeschichte!

7.000 Unbesetzte Ausbildungsstellen in niedersächsischen Betrieben – der schlechteste Wert seit 2008

6 Anläufe brauchte die Staatskanzlei, um dem Edathy-Untersuchungsausschuss des Bundestags eine Liste mit Personen vorzulegen, die bis zum Tag der Hausdurchsuchungen Kenntnis von dem Verdacht gegen den früheren SPD-Bundestagsabgeordneten erlangten

740 Fehlende Lehrerstellen, weil Rot-Grün die Unterrichtsversorgung für Gymnasiallehrer unrechtmäßig angehoben hat

7.950 Offizielle Beschwerden gegen den ersten Entwurf des Landesraumordnungsprogramms (LROP)

83,1 Mio. Euro hat das Kultusministerium für den Haushalt 2015 bei der Finanzhilfe des Landes für die Kindertagesstätten zu wenig veranschlagt. Der Fehlbetrag muss nun über den Nachtragshaushalt bereitgestellt werden.

100.000 Unterschriften unter Petitionen gegen das rot-grüne Schulgesetz